



**Deutsche Akademie  
für Kinderheilkunde und  
Jugendmedizin e.V.**

Dachverband  
der pädiatrischen Gesellschaften

An den Bundeskanzler  
Herrn Dr. Gerhard Schröder

Bundeskanzleramt

11012 Berlin

**Generalsekretär**  
Prof. Dr. med. Johannes Brodehl

MHH Kinderklinik  
Carl-Neuberg-Straße 1  
30525 Hannover  
Tel : 0511.521250  
Fax. 0511.5294927  
e-Mail: brodehl@dakj.de

Berlin, den 11.02.2003

### **Betreff: Raucherwerbung**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Wie die Medien berichten, plant die Bundesregierung eine Klage gegen das von der EU verhängte Verbot der Tabak - Werbung. Als Dachverband der kinderärztlichen Verbände erheben wir dagegen Einspruch und äußern unsere große Sorge um die damit verbundenen Gesundheitsrisiken für die heranwachsende Generation.

Die deutschen Kinder- und Jugendärzte und ihre Fachkommissionen\* sehen mit großer Beunruhigung, dass von Jahr zu Jahr mehr und mehr Kinder und junge Heranwachsende zur Zigarette greifen. Nach der neuesten Erhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) hat sich die Raucherquote bei den 12 – 15 jährigen Jungen und Mädchen seit 1993 fast verdoppelt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen vorwiegend in der sozialen Akzeptanz des Rauchens in diesen Altersgruppen. Damit setzen sich immer mehr junge Menschen den Gefahren der Sucht mit gesundheitsgefährdenden Folgen aus. Die Tabakwerbung suggeriert diesem Personenkreis, dass Rauchen "schick" und "cool" sei und Rauchen zum "lifestyle" junger Menschen gehöre.

Kinder und Jugendliche können die Gefahren durchs Rauchen für ihre eigene Gesundheit häufig noch nicht abschätzen. Auch lehnen sie vielfach Ermahnungen der Älteren ab, zumal diese häufig selbst nicht mit gutem Beispiel – nämlich Nichtrauchen - vorangehen. Die Werbung hat diese Ohnmacht erkannt und nützt sie gezielt aus.

Internationale Studien haben gezeigt, dass junge Menschen bei früh einsetzendem Rauchen sehr schnell vom Tabakkonsum abhängig werden können. Die Behandlung Tabakrauch-bedingter Krankheiten ist sehr kostspielig und muss von der Versicherungsgemeinschaft aufgebracht werden. Als Kinder- und Jugendärzte können wir daher der Verführung der Minderjährigen durch die Tabakindustrie zum Rauchen nicht tatenlos zusehen, dies wäre gegenüber ihnen unverantwortlich. Die Tabakwerbung ist generell als unethisch zu verurteilen.

Wir befürchten, dass sich in der politischen Diskussion um das Für oder Wider der Tabakwerbung eine doppelte Moral abzeichnet. Man wird den Verdacht nicht los, dass unsere Volkswirtschaft auf die Tabaksteuer nicht verzichten kann oder will, obwohl die Gesundheitsschädigung durch das Rauchens klar erwiesen ist.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Deutsche Akademie für Kinderheilkunde und Jugendmedizin e. V. (DAKJ) appelliert an Sie, die geplante Klage gegen das Werbeverbot der Tabakindustrie umgehend

zu stoppen. Wir bitten Sie nachdrücklich, sich dafür einzusetzen, dass nicht nur die Tabakwerbung in allen Medien unterbunden, sondern auch die von der EU bislang noch nicht verbotene Plakatwerbung untersagt wird. Mit raffinierten Werbemethoden versucht die Tabakwerbung junge Menschen für das Rauchen zu "begeistern". Solche Methoden können nicht im Sinn der Prävention sein, die die Bundesregierung aus guten Gründen nach der Koalitionsvereinbarung als weitere wichtige Säule im Gesundheitswesen stärken will.

Wir möchten Sie bitten, die politische Weitsicht walten zu lassen. Jegliche Initiativen Ihrerseits, junge Menschen vor der Sucht zu bewahren, werden wir unterstützen. Wir stehen Ihnen deshalb jederzeit zu Rückfragen zur Verfügung und wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unser Schreiben in absehbarer Zeit beantworten könnten.

Verbunden mit der Hoffnung, dass Sie sich - wie auch wir - für den Erhalt und die Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen uneingeschränkt - auch über Lobbyinteressen hinweg - einsetzen, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Univ. Prof. em. Dr. med. Johannes Brodehl, FRCP  
Generalsekretär der DAKJ

---

\* Kommissionen für Umweltfragen (Vorsitzender Prof. Dr.med. K.E. von Mühlendahl),  
Kommission für Ethische Fragen (Vorsitzender Prof. em. Dr.med. Volker von Loewenich),  
Beauftragter für Suchtfragen des BVKJ (Wolf-Rüdiger Horn, Kinder- und Jugendarzt)